



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 22.06.2015

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Frau Stadträtin Authaler  
Herr Stadtrat Bode  
Frau Stadträtin Bopp  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Etzinger  
Frau Stadträtin Etzinger  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Frau Stadträtin Gutermann  
Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Heidenreich  
Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Hummler  
Frau Stadträtin Jeggle  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Mader  
Herr Stadtrat Dr. Metzger  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Dr. Rahm  
Herr Stadtrat Dr. Schmid  
Herr Stadtrat Schmogro  
Frau Stadträtin Sonntag

ohne TOP 3

Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

Gast:

Herr Buckenmaier, Feuerwehr Biberach

Verwaltung:

Herr Achberger, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	ab TOP 3
Frau Christ, Stadtplanungsamt	ab TOP 3
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	bis TOP 5
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 5
Herr Simon, Hauptamt	zeitweise
Herr Erster Bürgermeister Wersch	zeitweise

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Neubau Feuerwehrgebäude Entwurf und Kostenberechnung	110/2015 + 110/2015 - 1
3.	Vergabe der Mittagsverpflegung in städt. Kindertageseinrichtungen und Grundschulen nach öffentl. Ausschreibung sowie Vergabe des Mensabetriebes an vier städt. Schulmensen im Rahmen einer DLK	124/2015 + 124/2015 - 1
4.	Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach (Feuerwehrentschädigungs- satzung)	125/2015
5.	Städtepartnerschaft in der Türkei - Ruhen des offiziellen Verfahrens	126/2015 - 1
6.	Widmung der Parzelle 2036 der Gemarkung Stafflangen als öffentlicher Weg	93/2015
7.	Änderung des Bebauungsplanes "Freiburger Wiesen" im vereinfachten Verfahren	127/2015
8.	Bauplatzvergabe Baugebiet Alte Schulstraße-Heuweg in Rißegg Antrag der CDU-Fraktion vom 11.05.2015	131/2015 + 131/2015 - 1
9.	Aufstellung Vorhaben-und Erschließungsplan (VEP) "Gaisentalstra- ße/Grüner Weg"	115/2015
10.	Bekanntgaben - Antrag zur Beschaffung von Pflastersteinen und wei- teren Produkten	AT 7/2015
11.1.	Verschiedenes – Kommunalen Bildungsplan	
11.2.	Verschiedenes – Tempolimit in der Waldseerstraße	
11.3.	Verschiedenes – Pestalozzihaus	
11.4.	Verschiedenes – Sana-Klinik	
11.5.	Verschiedenes – Verkehrssicherheit	

Die Mitglieder wurden am 16.06.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.  
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in  
BIBERACH KOMMUNAL am 17.06.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bürgerfragestunde**

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 110/2015 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 15.06.2015 vorbereitet. Die Beschlussinformation ist in Drucksache Nr. 110/2015-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann stellt den Entwurf vor und führt aus, dass die ursprünglichen Entwürfe zu teuer gewesen seien. Deshalb sei in vielen Gesprächsrunden nach Einsparpotential gesucht worden, um so auf die jetzigen Kosten von 18,9 Mio. Euro zu kommen. Eingespart wurde unter anderem bei Räumen des Kreisfeuerlöschverbandes und bei den Fahrzeugstellplätzen. Deren Anzahl sei entgegen der ursprünglichen Planung etwas verringert worden. Nun gebe es 23 Stellplätze. 18,9 Mio. Euro sei zwar viel Geld, aber insgesamt gehe der Preis in Ordnung. Er bittet darum zu Kenntnis zu nehmen, dass es sich beim Neubau des Feuerwehrgebäudes nicht um einen Luxusbau, aber um eine moderne Feuerwehr handle.

StR Kolesch bringt die Zufriedenheit der CDU-Fraktion mit der Vorlage zum Ausdruck. Die CDU sei froh über den jetzigen Startschuss. Die Feuerwehr sei eine wichtige Einrichtung und man könne sich glücklich schätzen, über eine solche Freiwillige Feuerwehr zu verfügen. Der Neubau des Feuerwehrgebäudes sei die zweitgrößte Investition der Stadt nach der Dollinger-Realschule. Dies sei bemerkenswert. Über die Fassade des Gebäudes werde noch im Bauausschuss diskutiert werden.

StRin Kübler bekundet ebenfalls die Zustimmung der SPD-Fraktion und bemerkt, dass dies nun bereits die vierte Vorlage aus dem Baubereich in jüngerer Zeit sei, bei der preislich abgespeckt wurde. Wichtig und gut sei ihrer Ansicht nach, dass Platz für eine spätere Erweiterung bei den Stellplätzen vorhanden sei. Sicherheit habe insgesamt absoluten Vorrang. Abschließend stellt sie klar, dass gute Wohnungen geschaffen werden sollten, denn die jetzigen seien in keinem guten Zustand mehr.

StR Heinkele stimmt seiner Vorrednerin zu, dass die Freiwillige Feuerwehr eine ordentliche Wohnkultur verdient habe und die Wohnungen entsprechend ansprechend sein müssen. Schließlich würden diese Einsatzkräfte im Notfall auch zuerst ausrücken. Darüber hinaus bedankt er sich bei allen Beteiligten und führt aus, dass er sich insgesamt auf die Lösungen des Planungsteams verlasse. Ebenfalls sei in Ordnung, dass sich die Stadträte in der nächsten Bauausschusssitzung mit der Fassade beschäftigen.

StR Weber bekundet die Zustimmung der Fraktion der Grünen und stellt klar, dass das jetzige Gebäude nicht mehr zeitgemäß sei.

Auch StR Braig bezeichnet die Maßnahme ebenfalls als überfällig. Seiner Ansicht nach bedeute eine Trapezfassade keine Einschränkung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der dargestellten Entwurfsplanung wird zugestimmt.**

**Ergänzend werden in der Bauausschusssitzung im Juli alternativ die jetzt vorgeschlagene Trapezblech-Fassade und die im ursprünglichen Wettbewerbsentwurf vorgesehene Klinkerfassade mit Kosten, Animation und Fassadenmustern präsentiert. Auf dieser Basis wird die Entscheidung über die Ausführung der Fassade getroffen.**

- 2. Der Kostenberechnung in Höhe von 18,9 Mio. Euro wird zugestimmt. Beim Wohngebäude wird noch versucht, Einsparungen zu realisieren.**

**TOP 3 Vergabe der Mittagsverpflegung in städt. Kindertageseinrichtungen und Grundschulen nach öffentl. Ausschreibung sowie Vergabe des Mensabetriebes an vier städt. Schulmensen im Rahmen einer DLK**

**124/2015  
+ 124/2015 - 1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 124/2015 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 11.06.2015 vorberaten. Die Beschlussinformation ist in Drucksache Nr. 124/2015-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Dr. Metzger ist befangen und verlässt den Ratssaal.

OB Zeidler macht einleitend darauf aufmerksam, dass mit dem geplanten Stadtpass das Essen für Bedürftige noch günstiger angeboten werden könne. Bereits heute subventioniere die Stadt das Essen mit 125.000 Euro pro Jahr. Hierfür bitte er um Anerkennung. Hinsichtlich der Subvention des Essens von Lehrpersonal bittet er darum, die Lehrer ebenfalls in der Begünstigung zu lassen. Seiner Ansicht nach sollten sich Schüler und Lehrer auch einmal ungezwungen begegnen können. Zudem bemerkt er, dass die Diskussion über den Mensabetrieb bisher sehr scharf geführt worden sei.

StRin Jeggle gibt an, dass den Aussagen von OB Zeidler nicht mehr viel hinzuzufügen sei. Mit dem Endergebnis sei sie etwas unglücklich, weil sie sich insgesamt einen niedrigeren Preis gewünscht hätte. Die CDU-Fraktion werde den Ziffern 1 bis 4 des Beschlussantrages zustimmen. Hierbei möchte sie aber auch klarstellen, dass die CDU-Fraktion mit ihrer Zustimmung zur Menü-Subvention für Lehrer eine klare Erwartungshaltung an das Lehrerkollegium verbinde.

StR Keil stimmt seiner Vorrednerin zu. Wenn mit den von OB Zeidler genannten 125.000 Euro auch das Schulleben insgesamt gefördert werde, sei die Subvention seiner Ansicht nach in Ordnung, da dies die Identifikation mit der Schule erhöhe. Er vertraue darauf, dass dies auch von den Lehrern so empfunden werde. Insgesamt könne man mit der Vielfalt der angebotenen Angebote zufrieden sein.

StRin Etzinger führt aus, dass sie sich im Gegensatz zu StR Keil mehr Angebote gewünscht hätte. Vielleicht müsse man künftig die Vergaberichtlinien überdenken. Wie ihre Vorredner hoffe auch sie, dass die Lehrer in der Mensa ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

StR Wilhelm gibt an, dass seine Fraktion uneinheitlich abstimmen werde. Der Ökoaspekt sei nur mit 10 bis 15 Prozent bewertet worden, der Preis hingegen mit 65 Prozent. Von dieser Gewichtung sei er enttäuscht. Positiv hingegen sei, dass es regionale Anbieter gebe und mit dem Dornhof auch einen Integrationsbetrieb. Die Lehrersubvention an den Mensen findet er nicht überzeugend. Er glaube nicht, dass hierdurch die Esskultur verbessert werde, vielmehr halte er die Subvention der Lehrer für sozial unausgewogen.

StR Funk hält fest, dass es im Endeffekt eigentlich keine großen Veränderungen nach der Ausschreibung gebe. Die Subventionierung der Essen halte er für gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion werde allen Anträgen zustimmen.

StR Heidenreich macht deutlich, dass er die Konstruktion der Mensen als Betriebe gewerblicher Art für nicht sinnvoll halte. Die Ausschreibung und das Ergebnis der Ausschreibung hätten seiner Ansicht nach klar gezeigt, dass der Markt keine günstigeren Preise liefert. Zudem würden bislang

nur circa 10 Prozent der Schüler an den Mensen essen und dies trotz Subventionierung. Dies halte er für ein eher mickriges Ergebnis. Lieber solle man eine städtische Großküche einrichten. Dies wäre seiner Ansicht nach die bessere Lösung. Darüber hinaus meint er, dass die Schulverpflegung generell kostenlos sein solle. Er werde daher gegen die Vorlage stimmen.

Anschließend wird über die Ziffern des Beschlussantrages einzeln abgestimmt.

**Ziffer 1** wird mit 1 Nein-Stimme (StR Heidenreich) und 1 Enthaltung (StR Weber) **zugestimmt**.

**Ziffer 2** wird ebenfalls bei 1 Nein-Stimme (StR Heidenreich) und 1 Enthaltung (StR Weber) **zugestimmt**.

**Ziffer 3** wird einstimmig **zugestimmt**.

**Ziffer 4** wird bei 2 Nein-Stimmen (StR Dr. Wilhelm und Dr. Schmid) sowie 1 Enthaltung (StR Abele) **zugestimmt**.

**Ziffer 5** wird bei einer Nein-Stimme (StR Heidenreich) und sonstiger Ja-Stimmen **zugestimmt**.

**Ziffer 6** wird einstimmig **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Mittagsverpflegung an den städtischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bis zum 31.07.2017 wie folgt zu:  
Los 1 (Kindertageseinrichtungen): Bürgerheim Biberach Service GmbH  
Los 2 (Grundschulen): Dornahof Integrationsbetriebe gGmbH  
Los 3 (Ringschnait): Bäckerei Bernd Ruf  
Die Preise werden in nicht öffentlicher Vorlage erläutert.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe des Mensabetriebes an der Braith-Grundschule, Gaisental-Grundschule, der Mensa im Heinz H. Engler-Forum und der Mensa an den Biberacher Gymnasien an die Dornahof Integrationsbetriebe gGmbH ab dem Schuljahr 2015/16 bis zum 31.07.2017 zu.**
- 3. Der Gemeinderat stimmt einer Subventionierung der Essenspreise an den Mensen für alle Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen mit Ganztagesangeboten unabhängig vom Wohnort zu.**
- 4. Der Gemeinderat stimmt einer Subventionierung der Essenspreise an den Mensen für die sonstigen Nutzer (Lehrer, Verwaltung u.a.) zu.**
- 5. Die Höhe der Subventionierung beträgt 2,50 € / Menü, an den Grundschulen wird das Menü 3 mit 2,35 € / Menü subventioniert. Die Subventionierung ist befristet bis zum 31.07.2017 und verlängert sich bei Vertragsverlängerung automatisch um die Dauer der Vertragslaufzeit, sofern der Menüpreis konstant bleibt. Der Vertrag und somit die Subventionierung kann maximal zwei Mal um jeweils ein Jahr verlängert werden.**
- 6. Der Hauptausschuss beschließt im Herbst 2016 über die Verlängerungsoption der Vergabe der Mittagsverpflegung an den städtischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sowie über die Vergabe des Mensabetriebes an den städtischen Schulen mit Ganztagesangeboten.**



**TOP 4    Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach (Feuerwehrentschädigungssatzung)**

**125/2015**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 125/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 11.06.2015.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Dem Erlass der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach (siehe Anlage zu Drucksache Nr. 125/2015) wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 126/2015-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 11.06.2015.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer erläutert eingangs, dass man sich insgesamt mehr Resonanz auf die Bemühungen um eine türkische Partnerstadt erhofft hatte. Er findet das Ergebnis sehr schade, macht aber deutlich, dass private Initiativen weiterhin wohlwollend unterstützt werden sollen.

Für StR Walter ist die Einstellung der aktiven Suche nach einer türkischen Partnerschaft logisch. Derzeit gebe es einfach keine intensive Nachfrage in der Bürgerschaft nach einer türkischen Partnerschaft. Von daher werde die CDU-Fraktion der vorübergehenden Einstellung der aktiven Suche schweren Herzens zustimmen. Zugleich verweist er auf kleinere Initiativen mit einer Schule in Denizli. Von dieser Initiative erhoffe er sich viel, wenngleich hier auch noch viel Arbeit vor den Beteiligten liege.

StR Dr. Metzger stimmt seinem Vorredner zu, dass die Zurückstellung der aktiven Suche zwar bedauerlich, aber folgerichtig sei. Er begrüßt die Unterstützung aller privaten Aktionen und äußert die Hoffnung, dass vielleicht mit der türkischen Stadt Denizli etwas heranwächst.

StRin Goeth meint, dass die Zeit offensichtlich noch nicht reif für eine Partnerschaft sei. Deutsche würden zwar gerne in die Türkei reisen, aber die Lebensweise sei den Deutschen nach wie vor fremd. Ihrer Ansicht nach müsse die Initiative für eine Partnerschaft mit einer türkischen Stadt von unten aus der Bevölkerung kommen. Die Tür für eine türkische Partnerschaft sei jedoch nur angelehnt und keinesfalls zugeschlagen.

Nach Ansicht von StR Dr. Schmid kann eine Partnerschaft nicht von oben verordnet werden, aber eine Förderung von privaten Initiativen sei möglich und solle auch erfolgen.

StR Braig bekundet die Zustimmung zur Vorlage und bedankt sich bei allen, die sich bisher für dieses Thema engagiert haben.

StR Heidenreich widerspricht seinen Vorrednern und nennt das Argument, dass sich Städtepartnerschaften von unten nach oben entwickeln müssten, komisch. Als Beleg führt er die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an. Damals seien Völkerfreundschaften ebenfalls von oben herab beschlossen worden. Zugleich wehrt er sich gegen die häufig gehörte Unterstellung, dass es in der Türkei an demokratischen Grundsätzen mangle. Dies sei nicht richtig. Auch den Einwand mit Terrorismus möge er nicht gelten lassen, schließlich habe es auch in Deutschland Phasen gegeben, in denen Terroristen das Land bedroht hätten. Insgesamt solle die Stadt daher weiter nach Anknüpfungspunkten zu einer türkischen Stadt suchen.

StR Heinkele widerspricht der Darstellung von StR Heidenreich und führt aus, dass es bereits vor 60 Jahren einen Schüleraustausch mit Valence gegeben habe und eben durch diesen Schüleraustausch die Partnerschaft entstanden sei.

StR Dr. Metzger bekräftigt, dass die gesamte europäische Einigung von den Menschen umgesetzt worden sei und keinesfalls nur von oben herab verordnet wurde.

OB Zeidler wirft die Frage auf, ob StR Heidenreich im Arbeitskreis für die Suche nach der Partnerstadt mitgewirkt habe. Eine solche Mitwirkung hätte seiner Ansicht nach segensreich für StR Heidenreich sein können.

Mit einer Enthaltung (StR Heidenreich) und sonstiger Zustimmung fasst der Gemeinderat folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die aktive Suche nach einer Städtefreundschaft in der Türkei wird im Moment zurückgestellt.**
- 2. Alle Initiativen und Aktionen aus der Bürgerschaft zwischen einer türkischen Gruppierung und einer Gruppe in Biberach werden wohlwollend begleitet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 93/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.06.2015.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Flst. 2036 der Gemarkung Stafflangen wird als öffentlicher Weg in die Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht der Stadt Biberach übernommen und als Feld-, Wald- und Wirtschaftsweg gewidmet.**

**TOP 7 Änderung des Bebauungsplanes "Freiburger Wiesen" im vereinfachten Verfahren**

**127/2015**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 127/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.06.2015.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Bebauungsplan „Freiburger Wiesen“ wird dahingehend geändert, dass Diskotheken ausnahmsweise zulässig sind.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 131/2015 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 11.06.2015 vorbereitet. Die Beschlussinformation ist in Drucksache Nr. 131/2015-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Abele führt aus, dass die CDU-Fraktion erneut den Antrag stellen möchte, 100 Prozent der Bauplätze nach Rißegg zu vergeben. Als Gründe führt er unter anderem das rege Vereinsleben in Rißegg und den Wunsch des Ortschaftsrates an. Auch dieser habe sich dafür ausgesprochen, alle Plätze nach Rißegg zu vergeben. In diesem Zusammenhang sieht er ein Problem darin, dass der Ortschaftsrat seit Abschaffung der unechten Teilortswahl kaum Gewicht mehr im Gemeinderat habe. In Bezug auf die geplante Hauptsatzungsänderung regt er an, dass der Ortschaftsrat künftig Anträge stellen dürfen solle. Aktuell sei er in diesem Punkt gegenüber dem Jugendparlament benachteiligt.

StR Keil erläutert, dass eine Aufteilung von 50 zu 50 Prozent zwar nicht gerecht sei, aber für die Gesamtbevölkerung verständlich und somit auch vertretbar. Seine Fraktion werde einer 50/50-Aufteilung daher zustimmen können. Bezüglich des Einflusses des Ortschaftsrates führt er aus, dass dieser sich darauf verlassen könne, dass die SPD-Fraktion seinen Beschlüssen auch folgt. Dies sei man den Bürgern in den Teilorten schuldig.

StRin Goeth bringt ihre Verwunderung über die Diskussion im Hauptausschuss zum Ausdruck. Sie habe zwar kein Problem mit der 100 Prozent Vergabe an Rißegg in diesem konkreten Fall, macht aber deutlich, dass es ein falsches Signal sei, nun gleich von den Richtlinien abzuweichen. Ansonsten seien alle anderen Biberacher benachteiligt. Eine Aufteilung von 50 zu 50 sei für die Freien Wähler in Ordnung, eine 100 Prozent Vergabe nach Rißegg sei in der Fraktion jedoch umstritten.

StR Späh stellt klar, dass 100 Prozent keine Quotierung mehr sei. Er berichtet, dass es für 8 Bauplätze 30 Rißegger Interessenten gebe und 300 Biberacher Interessenten. Gerechtigkeit heiße seiner Ansicht nach, dass alle die Chance auf einen Bauplatz haben, schließlich sei es eine Stadt Biberach. Hinsichtlich des Einflusses der Teilorte im Gemeinderat weist er darauf hin, dass die Ortsteile nach Abschaffung der unechten Teilortswahl sogar einen Vertreter mehr im Gemeinderat hätten.

StR Funk macht deutlich, dass die FDP-Fraktion dieser Quotierung nicht zustimmen werde. Seiner Ansicht nach wurden in der Vergangenheit viel zu wenige Grundstücke eingekauft und nun herrsche hierdurch Mangelware und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, bei der nur einzelne einen Platz bekämen. Für ihn gebe es nur zwei Möglichkeiten. Erstens mehr einkaufen, um die Marktnachfrage zu befriedigen oder zweitens, keine Käufe von Grundstücken, aber dann dürfe auch keine Politik für Einzelne gemacht werden. In diesem Kontext stellt er klar, dass er Politik für alle Biberacher mache.

Ortsvorsteher Imhof aus Rißegg erläutert, dass die Quotierung für die Ortschaft Rißegg sehr wichtig sei. Bei ihm würden ständig Bürger vorsprechen, die auf der Suche nach Bauplätzen seien. In Rißegg gebe es sehr viele Familien, die beieinander wohnen wollen. Wenn die Bauplätze an Rißegger vergeben würden, sei für diese das gesamte Familienleben sehr viel einfacher zu organisieren.

StR Weber ist der Ansicht, dass die Richtlinien flexibel gehandhabt werden müssen. Er werde dem CDU-Antrag daher zustimmen.

StR Hummler erkundigt sich, was das Wort „zunächst“ im Antrag bedeuten solle.

Hierauf entgegnet OB Zeidler, dass das Wort „zunächst“ einfach gestrichen werden solle.

Es folgt die **Abstimmung** über den CDU-Antrag, der 100prozentigen Bauplatzvergabe nach Rißegg. Dieser Antrag wird bei 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Es folgt die **Abstimmung** über den **Verwaltungsantrag**. Diesem Antrag wird bei 26 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Gemeinderat fasst somit folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Vergabe der Bauplätze wird zu 50 % für Bewerberinnen und Bewerber aus Rißegg und Rindenmoos quotiert.**
- 2. Die Vergabe der Plätze erfolgt auch hier nach den neuen Vergaberichtlinien.**
- 3. Sollten nicht alle 4 Bauplätze an Bewerber aus Rißegg und Rindenmoos vergeben werden können, so werden diese Plätze an die weiteren Bewerber vergeben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 115/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.06.2015.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für die Grundstücke Gaisentalstraße 49, Flst. Nr. 1575/2 und Grüner Weg Flst. Nr. 1576/1 der Gemarkung Biberach, wird nach § 12 BauGB i.V. mit § 2 Abs. 1 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan einschließlich Vorhaben-und Erschließungsplan (VEP) aufgestellt. Der Geltungsbereich ist auf dem Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 15-022 vom 20.05.2015 dargestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird von dem Vorhabenträger Reisch Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Kaiserstr. 58, 88348 Bad Saulgau, ausgearbeitet.**

**TOP 10    Bekanntgaben - Antrag zur Beschaffung von Pflastersteinen und weiteren Produkten**

**AT 7/2015**

OB Zeidler berichtet, dass ein Antrag der Grünen zur Beschaffung von Pflastersteinen vorliege. Die Verwaltung werde diesen Antrag zum Anlass nehmen, den Gemeinderat umfassend über die städtischen Vergaberichtlinien bei der Beschaffung zu informieren. Entsprechende Informationen würden im Moment noch zusammengestellt.

## **TOP 11.1 Verschiedenes – Kommunalen Bildungsplan**

StRin Authaler regt an, beim Kommunalen Bildungsplan eine vierte Spalte einzufügen, in der aufgeführt ist, welche Summe das jeweilige Projekt erhalten hat. Die Gesamtförderung sei zwar erhalten, aber sie fände es auch interessant zu wissen, wie viel die einzelnen Projekte bekommen haben. Zudem könnten auf der Rückseite jene Projekte aufgeführt werden, deren Antrag nicht bewilligt wurde.

OB Zeidler meint, dass dies kein Problem sein sollte.

## **TOP 11.2 Verschiedenes – Tempolimit in der Waldseerstraße**

StRin Gutermann berichtet, dass sie unlängst von einer Bürgerin auf dem Markt darauf angesprochen worden sei, dass die Leute auf der Waldseerstraße stadtauswärts sehr schnell fahren würden. Eine Tempo 30-Zone würde sie gar nicht verlangen, aber zumindest 50 sollten sie fahren und nicht schneller. Sie sei auch bereits auf dem Ordnungsamt gewesen, aber da sei ihr gesagt worden, dass man nichts machen könne.

StR Späh erinnert an die vergangene Diskussion über Tempo 30-Zonen im Bauausschuss und teilt mit, dass sich die Grünen natürlich möglichst viele Tempo 30-Zonen in der Stadt wünschen würden. Sie seien in dieser Frage auch gerne zur Zusammenarbeit mit der CDU bereit.

### **TOP 11.3 Verschiedenes – Pestalozzihaus**

StR Weber berichtet, dass sich verschiedene Musikvereine Sorgen um den Parkettboden im Pestalozzihaus-Saal machen würden.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Aula des Heinz H. Engler-Forums super ausgestattet sei und über eine sehr gute Akustik verfüge. Der Raum sei ganz bewusst in dieser Qualität geschaffen worden, um als Ersatz für das Pestalozzihaus dienen zu können. Er tendiere daher dazu, den Saal im Pestalozzihaus aufzugeben.

#### **TOP 11.4 Verschiedenes – Sana-Klinik**

StR Kolesch berichtet, dass die Beschäftigten der Sana-Klinik vom geplanten Umzug der Geriatri-schen Abteilung nach Laupheim aus der Presse erfahren hätten. Dies spräche seiner Ansicht nach nicht für den Stil des Hauses. Er wirft die Frage auf, ob die Stadt Biberach überhaupt noch ein ordentliches Krankenhaus bekomme. Er selbst sei sich da nicht mehr so sicher und bittet die Verwaltung, um den Standort Biberach zu kämpfen.

EBM Wersch erklärt, dass die Geriatrie kein Teil der Krankenhausversorgung sei. Somit handele es sich um eine Freiwilligkeitsleistung. Die Geriatrie sei defizitär, woran jedoch nicht die Sana die Schuld habe, sondern letztlich der Gesetzgeber. Wie sich die Standorte in Zukunft entwickeln werden, sei derzeit noch mit vielen Fragezeichen verbunden. Er sehe aber momentan – mit Ausnahme des Verlustes der Geriatrie - noch keinen Anlass für ein negatives Aufhorchen seitens der Stadt Biberach.

OB Zeidler vertritt ebenfalls die Ansicht, dass Biberach zu den großen Gewinnern beim Klinikum-bau gehören werde und einem Gewinner würde es gut zu Gesicht stehen, nicht übermäßig zu fordern. Zudem brauche es ihn nicht um Wirbel zu machen, da Biberach im Kreisrat gut vertreten sei. Er schlägt stattdessen vor, den Projektentwickler von Sana einmal ins Gremium einzuladen.

StR Späh meint auch, dass Biberach ein sehr gutes Krankenhaus bekommen werde, wengleich auch im Kreistag Kompromisse geschlossen werden müssten.

StR Braig wirft ein, dass der Kreis trotz seiner Sperrminorität nicht alles regeln könne.

StR Heinkele gibt zu bedenken, dass nicht alle Patienten ohne Weiteres zur Geriatrie nach Laupheim fahren könnten. Hier bräuchte man dann entsprechende Fahrdienste.

## **TOP 11.5 Verschiedenes – Verkehrssicherheit**

StR Abele erinnert an einen im vergangenen Jahr beschlossenen Antrag, wonach die Verwaltung zu diesem Thema einen externen Verkehrsgutachter einsetzen wollte. Er bittet, sich dieser Sache nun anzunehmen, da man sich bereits in der zweiten Jahreshälfte befinde.

OB Zeidler berichtet, dass die entsprechende Vorlage schon auf dem Weg sei.

**Gemeinderat, 22.06.2015, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... OB Zeidler

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Keil

Schriftführer: ..... Achberger

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann